



Zitate

Corinne Eymann-Baier, Bürgergemeinderätin LDP Basel-Stadt:

- «Die Initiative „Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer“ fordert Verbesserungen für den Veloverkehr und den Autoverkehr beim Parkieren. Sie verbessert auch die Situation der Gewerbetreibenden, die auf ein Fahrzeug angewiesen sind.»
- «Oft wehren sich Anwohnerinnen und Anwohner gegen den Parkplatzabbau. Vergessen wir nicht: Die Hälfte der Haushalte in Basel-Stadt hat ein oder mehrere Autos. Aber trotz des Widerstands wird abgebaut.»
- «Mit der Initiative «Parkieren für alle Verkehrsteilnehmer» wird dieser Parkplatzabbau gestoppt, wodurch die Quartiere vor dem zunehmenden Suchverkehr geschützt werden. Das erhöht die Sicherheit und die Luftqualität.»

Beatrice Isler, Grossrätin CVP Basel-Stadt:

- «Die Initiative «Zämme fahre mir besser!» stellt die Grundlage für ein faires Miteinander aller Verkehrsträger dar. Eine moderne Verkehrspolitik berücksichtigt die Bedürfnisse aller Mobilitätsteilnehmer: Sei es der öffentliche Verkehr, die Velofahrenden, Fussgängerinnen und Fussgänger, aber auch der motorisierte Individualverkehr.»
- «Unabhängig davon, mit welcher Art Leben wir uns identifizieren, ist es meine feste Überzeugung, dass wir uns die Freiheit der eigenen Entscheidung lassen müssen, weil wir mit Verboten und Einschränkungen spaltend wirken. Das gilt im Besonderen auch für unser Mobilitätsverhalten bzw. die persönliche Wahl des Verkehrsträgers. Jeder Verkehrsträger hat seine Berechtigung und seinen optimalen Einsatzzweck. Diesem Umstand muss eine Stadt Rechnung tragen.»
- «Die Initiative will alle Verkehrsarten vor vermeidbaren Behinderungen und Gefährdungen schützen, sowie den Anteil umweltfreundlicher Verkehrsmittel erhöhen. Das sind moderate und sinnvolle Forderungen. Das sind moderate und sinnvolle Forderungen. Darum stehe ich dahinter und sage Ja zur Initiative.»





Lukas Ott, Geschäftsführer TCS Sektion beider Basel:

- «Sinn und Zweck eines Gegenvorschlags ist es eigentlich, den Initianten im Sinne eines Kompromisses entgegen zu kommen. Der vorliegende Pseudo-Gegenvorschlag will jedoch die bestehende ideologische, einseitig gegen den motorisierten Verkehr gerichtete Verkehrspolitik nochmals deutlich verschärfen.»
- «Mit der Annahme des Pseudo-Gegenvorschlags hätte die Basler Verkehrspolitik einen klaren Auftrag: Sie müsste darauf hinarbeiten, dass voll motorisierte Fahrzeuge letztlich nur noch im kollektiven Eigentum sind und vollbesetzt benutzt werden. Diese Einschränkungen sind klar im Bericht der UVEK ausformuliert. Die entsprechenden Vorgaben sind – das wird Ihnen jeder Jurist bestätigen – integraler Bestandteil der Vorlage und müssen wie gesagt vom Regierungsrat im Rahmen der Umsetzung auf Verordnungsstufe berücksichtigt werden.»
- «Der Pseudo-Gegenvorschlag will zudem, dass motorisierte Fahrzeuge nur vollbesetzt benutzt werden. Dies schränkt die individuelle Nutzung massiv ein. Die Förderung von Sharing-Modellen und kollaborativen Angeboten ist richtig. Aber die individuelle Mobilität muss möglich bleiben.»

Marcel Schweizer, Präsident Gewerbeverband Basel-Stadt:

- «In der Verkehrspolitik läuft heute einiges verkehrt. Anstatt die beste Lösung für alle Mobilitätsarten zu finden werden heute diese gegeneinander ausgespielt. Der Individualverkehr wird dabei systematisch benachteiligt. Dass eine Mehrheit der Bevölkerung eine so einseitige Verkehrspolitik nicht will, hat sie mehrfach zum Ausdruck gebracht.»
- «Dass der Abstimmungskampf hitzig werden wird, ist bei diesem Thema klar. Störend ist hingegen, dass die Gegner bereits mit Falschaussagen operieren. So behaupten sie, der Münsterplatz werde nach einem Ja wieder zu einem Parkplatz werden. Diese Aussage ist absurd und hat nichts mit den Forderungen der Initiativen und der Realität zu tun.»
- «Die Hälfte der Haushalte in Basel-Stadt hat ein oder mehrere Autos. Aber auch die Wirtschaft ist auf motorisierte Fahrzeuge, auf ein adäquates Parkplatzangebot und auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Wir brauchen eine Verkehrspolitik, welche die Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung und der Wirtschaft berücksichtigt.»

